KWP35NEU

Kapitel

Initiator*innen: Kreisvorstand (dort beschlossen am: 26.06.2022)

Titel: **Kommunalen Ordnungsdienst sinnvoll einsetzen und Polizei entlasten**

Text

Es gibt eine klare Trennung der Zuständigkeiten zwischen Polizei und Ordnungsbehörde (Ordnungsamt). Diese unterstützen wir vollumfänglich. Aus diesem Grund standen und stehen wir dem Kommunale Ordnungsdienst (KOD) konstruktiv-kritisch gegenüber, da die Sorge besteht, dass diese Trennung verwischt werden könnte.

Die Praxis hat gezeigt, wie wichtig es ist, die Zuständigkeiten klar abzugrenzen. Für alle Bürger*innen muss klar erkennbar sein, welche Aufgaben von wem übernommen werden. Der KOD übernimmt Aufgaben der Ordnungsbehörde und entlastet damit die Polizei. Hierzu gehören beispielsweise die Überwachung des ruhenden Verkehrs oder aber die Einhaltung von innerstädtischen Regelungen. Damit kann die Polizei ihre eigentlichen Aufgaben, die Kriminalitätsbekämpfung und die Verkehrssicherheitsarbeit, wahrnehmen. Gleichzeitig hat die Erfahrung gezeigt, wie wichtig ein gemeinsames Vorgehen von KOD und Polizei ist – wie zum Beispiel bei Gaststättenkontrollen oder auf der Kieler Woche. Wir fordern daher, dass die Ausbildung des KOD weiterhin auf hohem Niveau bleibt, es keine Ausweitung von Befugnissen für den KOD gibt, keine Ausstattung mit Waffen und dass es zukünftig eine stärkere äußerliche Abgrenzung von der Polizei gibt. Das heißt konkret: Sollten neue Uniformen und Fahrzeuge angeschafft werden, sollen diese nicht aussehen wie die der Polizei.
Neben der guten Ausbildung für die Beschäftigten des kommunalen Ordnungsdienstes muss sich die Stadt stärker auch um eine gute Qualifikation für die Mitarbeiter*innen des KOD bemühen. Ein Konzept zur internen Fortbildungen der Mitarbeiter*innen muss bestehen. Auch auf Weiterbildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten muss großen Wert gelegt werden. Wir setzen uns auch für die richtigen Entgeltstrukturen ein.

Wir begrüßen, dass die Kieler Polizei die erste Fahrradstaffel in Schleswig-Holstein einsetzt und halten diese Initiative für ein wichtiges Element einer Bürger*innenpolizei. Wir möchten die Polizeidirektion Kiel unterstützen, die Fahrradstreife weiter auszubauen. Auf diese Art kann es gelingen, für die Perspektive des Radverkehrs zu sensibilisieren.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung den Kauf und Verkauf von Cannabisprodukten legalisieren möchte. Daher wollen wir, dass die Stadt Kiel sich auf Cannabismodellprojekte bewirbt, sollten noch welche vor oder im Zuge der Legalisierung durch die Bundesregierung aufgestellt werden.